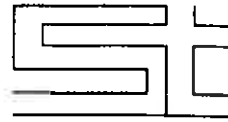


Anlage 1 zur
Vorlage



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

Städtetag Baden-Württemberg · Postfach 10 43 61 · 70038 Stuttgart

Mitgliedstädte

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

20.05.2011 – Az: 401.60 – R 18393/2011 – vd-sti – Bearbeiter: Prof. Dr. Ralf Vandamme
Telefon: 06181 4236-212 – E-Mail: ralf.vandamme@staedtetag-bw.de

**Bürgerschaftliches Engagement;
Freiwilligensurvey 2009 – Sonderauswertung Baden-Württemberg
Bürgerschaftliches Engagement im Koalitionsvertrag**

Sehr geehrte Damen und Herren,

alle fünf Jahre wird die Bevölkerung in Deutschland in einer repräsentativen Umfrage, dem so genannten Freiwilligensurvey, zu ihren Aktivitäten und zu ihrem Bürgerschaftlichen Engagement befragt. Einzelne Bundesländer werten diese Umfrage anschließend spezifisch aus, so auch Baden-Württemberg.

Die gute Nachricht zuerst: Auch im dritten Freiwilligensurvey belegt Baden-Württemberg wieder einen Spitzenplatz. 41 % der hier lebenden Menschen sind bürgerschaftlich engagiert. Erstmals wird diese Quote auch von zwei weiteren Bundesländern erreicht, nämlich Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Und erstmals ist in Baden-Württemberg ein leichter Rückgang zu verzeichnen: 2004 hatte die Quote bei 42 % gelegen.

Bemerkenswert, wenn auch nicht völlig unbekannt, ist, dass sich vor allem jene engagieren, die ohnehin schon stark eingebunden sind. Dies gilt für Erwerbstätige (44 % der Erwerbstätigen sind engagiert), für Schülerinnen und Schüler (48 %), aber auch für pflegende Angehörige (43 %).

Weiter gestiegen sind die Geldzahlungen in Zusammenhang mit Engagement: Dies geschieht zumeist in Form einer pauschalierten Aufwandsentschädigung (12 %), aber auch durch geringfügige Bezahlung (6 %) oder Honorare (3 %). Diesen Trend sehen die Autoren der landesspezifischen Auswertung kritisch. Sie empfehlen einen transparenten Umgang mit Bezahlungen und plädieren für die Bewahrung Bürgerschaftlichen Engagements als unentgeltlicher Form gesellschaftlicher Mitgestaltung.

Auffallend ist die Trendwende des Bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum. Dort sank die Engagementquote von weit überdurchschnittlichen 60 % im Jahr 2004 auf

Telefon 0711 22921-0
Telefax 0711 22921-42 oder -27
E-Mail post@staedtetag-bw.de
Internet www.staedtetag-bw.de
Hausadresse: Königstraße 2,
70173 Stuttgart

nunmehr 41 %. Als mögliche Ursache wird das Vereinssterben diskutiert bzw. Zentralisierungsprozesse, die dazu führen, dass Vereinsangebote zusammengelegt werden. Eine Folge davon ist, dass Engagement an Mobilität per Auto gebunden ist, was die Hürde bzw. die Kosten des Engagements erhöht. Städtische Randgebiete hingegen bleiben mit 43 % die beständigsten Orte des Engagements. Städtische Kerngebiete holen auf: von 33 % auf 38 %. Dies entspricht der allgemeinen Wahrnehmung, dass die Innenstädte wieder vermehrt als Lebensräume entdeckt werden.

Städtische Lebensräume haben eine hohe und zunehmende Bedeutung für das Bürgerschaftliche Engagement. Dies ist auch ein Erfolg der Investitionen der Städte in Bürgerbüros und Kommunale Anlaufstellen. Das Feld des Bürgerschaftlichen Engagements ist jedoch dynamisch, so dass die Kommunen sich immer wieder auf neue Entwicklungen einstellen müssen. Einerseits ist auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, andererseits spielen auch politische Vorgaben eine Rolle. Vor diesem Hintergrund ist der grün-rote Koalitionsvertrag von besonderem Interesse.

Begrüßenswert ist, dass die neue Landesregierung darin ausdrücklich das Engagement in den Kommunen als einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg wahrnimmt und es zielgerichtet unterstützen will. Dies wird im Koalitionsvertrag an mehreren Stellen ausgeführt. Eine bürgerorientierte Politik sollte Bürgerschaftliches Engagement allerdings grundsätzlich als Handlungsprinzip mitdenken. In allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern ist zu fragen, welches Engagement es bereits gibt und wie es ausgebaut und unterstützen werden kann.

Baden-Württemberg hat nicht nur die höchste Quote engagierter Menschen; das Land hat auch gemeinsam mit den Kommunen und den Kommunalen Spitzenverbänden die leistungsfähigsten Strukturen zur gezielten Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements aufgebaut und zu einem bundesweit vorbildlichen Netzwerk zusammengeführt. Der Städtetag vertraut auf die Fortsetzung dieser Kooperation und setzt auf den Ausbau dieses Landesnetzwerks ebenso wie einen Ausbau der bewährten Strukturen (Bürgerbüros, Kommunale Anlaufstellen) als für alle Zielgruppen offene Angebote vor Ort.

Die Koalitionsvereinbarung legt zudem einen besonderen Akzent auf Bürgerbeteiligung. Dies wird unterstrichen durch die Ernennung einer Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Frau Gisela Erler, die diese Stelle übernimmt, will sich für eine „Revitalisierung der Demokratie“ einsetzen und Ansätze von „oben“ und von „unten“ zusammenführen. Dieses Vorhaben begrüßt der Städtetag Baden-Württemberg und sieht die Chance, die Engagementförderung nun enger mit der Beteiligungsförderung im Land zu verzahnen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Professor Stefan Gläser
Oberbürgermeister a. D.

Anlage